Es ist ein [illegible] meinen, es passe in unsere intimerlebnisarme Zeit überhaupt nicht mehr hinein, — das Wort von der Buße. Das klingt so nach Kirche, nach Lebensflucht und Finsterlis. Vielleicht reigt einigen gebildeten Geistern eine historische Erinnerung auf an die mertwürdigen Büßer- und Asketengestalten des Mittelalters und noch älterer Zeiten. Aber die Welt- und Lebensanschauungen sind doch andere geworden. Trotzige Bejahung des Diesseits, Persönlichkeitskultur, ästhetische, wirtschaftliche, soziale Triebkräfte, ein rastloser Humanitätsdrang, eine Sehnsucht nach rein menschlichen Höhen und Harmonien, das sind so ein paar Hauptzüge des großen modernen Lebensstromes. Und dennoch ist das Christentum geblieben, und unbeirrt vom Wirbel der Zeit redet es seine alte Weise von Sünde und Gnade, vom unvollkommenen Menschen und vom gottgesandten Erlöser. Es macht dem Zeitgeiste keine Zugeständnisse, es wendet sich gerade heute an eine innerste, wunde Gewissensstelle: Tut Buße! . . .

Mag sein, daß diese Predigt der Tausenden ungehört verhallt oder gar einen brutalen Spott auslöst. Es ist furchtbar, aber es ist eine Tatsache, daß viele Menschen ihre innere Not nicht sehen wollen und sie darum mit glitzerndem Firlefanz verschleiern. Kein glücklicher Zustand! Einer unserer allermodernsten Dichter hat ihn in unbewußter Selbstironie gekennzeichnet als ein „Lachen mit blutenden Wunden". Die Seele zuckt in ständiger Nervosität. Allen großen Worten zum Trotze lauert eine trübselige Dekadence, ein lähmender Pessimismus mit seinen zweifelnden, tieftraurigen Augen.

Ehrliche Einkehr in sich selbst, das tut uns not zur Klarheit über persönliches Leben und Streben. Auch wer sich als Christ nennt und gibt, muß Stunden einer besonderen, unerbittlichen Selbstbesinnung haben. Er muß sie als eigenen Schmerz fühlen, diese bedeutsame Spannung zwischen wirklicher Alltäglichkeit und hohem Christentums-Ideal; und, da soll er gedemütigt und doch hoffnungsfroh den herben Weg der Buße gehen, umleuchtet von dem wundervollen Glauben, daß in dem Mann mit der Dornenkrone auch heute noch Friede und Kraft, Mut und Weisheit zu finden ist! Was könnte es Nötigeres, Zeitgemäßeres geben, als die christlich-evangelische Mahnung des stillen, ernsten Bußtages! . . .

Gräfe-Versammlung in Bautzen.

Der Ausschuß für die Wiederwahl des Herrn Gräfe hatte zu Sonnabend abend im Saale des Hotel „Weißes Roß" die Angehörigen der nationalgesinnten Parteien zu einer Versammlung eingeladen, zu der sich zahlreiche Teilnehmer, hauptsächlich aus dem Kaufmanns- und Handwerkerstand, Konservative, Reformer, Landbündler und Nationalliberale einfanden. Die Leitung lag in den Händen des Herrn Rechtsanwalt Dr. Herrmann. Dieser eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der Erschienenen; sie seien wohl alle von der Überzeugung durchdrungen, daß es notwendig sei, unseren stets national vertretenen Wahlkreis gegen den Ansturm der Sozialdemokratie zu verteidigen durch Wiederwahl des verehrten und verdienten Abgeordneten Herrn Gräfe-Bischofswerda. Man solle daher betonen nicht, was die bürgerlichen Parteien trennen könne, sondern an das Wort des Kaisers zu denken, es dürfe nicht ein jeder „sich ausleben" auf Kosten des Vaterlandes, vielmehr sei es Pflicht aller, alle Kräfte gemeinsam einzusetzen zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall.) — Der Herr Vorsitzende erteilte sodann das Wort Herrn Reichstagsabgeordneten Gräfe-Bischofswerda zu seinem Vortrag **„Die politische Lage und die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen"**.

Bei dem Auftreten des Herrn Pudor hier in Bautzen, so begann der Vortragende, sei gefragt worden, weshalb er, der Abgeordnete Gräfe, nicht erschienen, ob er etwa Furcht habe? Er weise das zurück. Sei er denn der freisinnigen Partei oder der Sozialdemokratie über seine Tätigkeit Rechenschaft schuldig? Nein, diesen Parteien, die ihn seit 17 Jahren stets bekämpften, habe er keine Rechenschaft abzulegen (Zustimmung), sondern nur denjenigen, die seine Wahl unterstützt haben. Freisinn und Sozialdemokratie werde er es im Reichstag auch niemals recht machen, und wollte er das versuchen, so werde er an Konservativen und Reformern wortbrüchig. (Zustimmung.) Diese heutige Versammlung sei nicht als öffentlich einberufen, weil sich die nationalen Parteien erst einmal untereinander auszusprechen wünschten ohne gegnerische Störungsversuche. Das sei [illegible] erklärt. Die [illegible] Reform in das [illegible] aber abgeschnitten [illegible] die Klarheit [illegible] hätten die Nachwahlen ein so unerfreuliches Bild geboten. Freisinn und Sozialdemokratie trügen daran die Schuld durch ihre völlige

Ablehnung des Reichs [illegible] Steuergesetze.

Auch ein Teil der [illegible] Partei habe dabei mitgemacht; die Folge für sie wie für den Freisinn war freilich [illegible], daß sie Mandate an die Sozialdemokraten verloren. Der Freisinn habe es sogar soweit gekommen, in Offenbach [illegible] und in Friedberg-Büdingen in der Stichwahl [illegible] ins sozialdemokratische Lager übergehen, um den Sieg der Konservativen zu verhindern. Dabei habe der Freisinn doch seinerseits 48 Mandate mit 9 im ersten Wahlgang und doch diese mit Hilfe der Rechten errungen, die übrigen 40 erst in der Stichwahl und meist auch durch die Unterstützung der Rechten. Trotz alledem treibe der Freisinn also

Verrat am Vaterland

und habe das seit Gründung des Reichs getan. Der Freisinn habe sonach nicht das Recht, sich national zu nennen. Es sei daher Pflicht, die Nationalliberalen vor einem Bündnis mit dem Freisinn zu warnen. Die führenden Männer würden sich hoffentlich auf die nationale Vergangenheit der nationalliberalen Partei besinnen und erkennen, daß ein Bündnis mit dem Freisinn ihr kein Heil bringe. Bei den Nachwahlen in Verden, Stade, Landau usw. habe ja den Nationalliberalen das Zusammengehen mit dem Freisinn rapiden Stimmenverlust eingebracht. Sollte das geplante nationalliberale-freisinnige Bündnis auch in Sachsen zustande kommen, so bedeute das den Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen einander und Sachsen werde von neuem das „rote Königreich" werden. Er rufe daher an die Nationalliberalen, wie einst Bismarck, nur die Warnung und Bitte zu: Laß dich vom Linken nicht umgarnen! Auch die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz" erinnere die Partei daran, daß sie im Kampf mit dem Fortschritt entstanden und erblickt darin, daß ihr aber jede Paarung mit dem Fortschritt stets zum Verderben gereichte. Herr Pudor habe gespottet, man male schon wieder das Gespenst der Sozialdemokratie an die Wand. Solcher Spott sei schlecht angebracht. Der Magdeburger Parteitag habe gezeigt, daß die radikalsten Elemente in der Sozialdemokratie die Herrschaft haben. Die Straßenkämpfe in Moabit und auf dem Wedding in Berlin müssen uns über die Folgen belehren. Der Abgeordnete Liebknecht habe in einer Versammlung in New York erklärt, der deutsche Kaiserthron werde ebenso wegerfegt werden, wie der Königsthron in Portugal. Die Arbeitswilligen werden terrorisiert und zur Arbeitslosigkeit gezwungen; demgegenüber sei es Zeit, durch Schutz der Arbeitswilligen für Ordnung im Vaterland zu sorgen. In Frankreich habe der frühere Sozialist Ministerpräsident Briand die schärfsten Mittel androhen müssen gegen den „verbrecherischen Streik der Eisenbahner gegen das Vaterland". Es sei heilige Pflicht, Schutz gegen Vorgänge wie in Moabit und Frankreich zu schaffen.

Und nun zu den neuen Steuern! Seien sie denn wirklich so drückend, daß sie so viel an Vertrauen und Liebe zum Vaterland rauben mußten? Viele Erscheinungen in den betroffenen Industrie bewiesen, daß die Steuern nicht zu einschneidend seien. Ganz falsch sei auch die Darstellung, als hätte die Annahme der Erbanfallsteuer die indirekten Steuern unnötig gemacht; die indirekten Steuern wären doch gekommen.

Wie wenig die neue Steuer die Industrie belaste,

beweise folgendes: Die Auergesellschaft hatte ein glänzenderes Ergebnis als in früheren Jahren, sie stellte 2¼ Millionen in Reserve und zahlte 50 v. H. Dividende. Die Großbanken ständen trotz der Talonsteuer besser da als je, die Brauereiaktien seien um 15 bis 20 v. H. gestiegen. Möge auch manche Einzelperson die neuen Steuern spüren, das Wirtschaftsleben im allgemeinen aber sei in großem Aufschwung, wie zum Beispiel selbst die Handelskammern in Bochum und Dortmund anerkennen. Die tolle Agitation wegen der neuen Steuern sei sonach unerhört, sie arbeite mit nachgewiesenen Übertreibungen. Wie könne man es verantworten, eine solche Erregung ins Volk zu [illegible] sich der Hansabund nicht, denn die [illegible] stünden gerade hinter ihm. Der Vorsitzende des Hansabundes, Geheimrat Kaempf, sei früher Direktor der Dresdner Bank [illegible] Gewerbe und [illegible] gleichzeitig [illegible] Parteiführer [illegible] Stresemann. Das solche Leute wollten nun die Retter unseres Vaterlandes sein, [illegible] Handel, Handwerker, Kaufmannsgerichte, Konsumvereine und Versicherungen [illegible] kämpften. Zur Ehre der [illegible] Zuwachs durch [illegible] Verrätern.

Was die Vorlage zum Ausbau der Versicherung betreffe, so habe er [illegible] der Beiträge scheine ihm eine neue unerträgliche Belastung der Arbeitgeber, auch des Mittelstandes; ihnen sollen 60 bis 70 Millionen neue [illegible] erlegt werden, das gehe nicht an, da müsse die Regierung einen anderen Weg finden.

Zur gerechten Beurteilung der Situation müsse man folgendes [illegible] daß die Schulden täglich um [illegible] 500 Millionen neue [illegible] heute ohne die neuen Steuern [illegible] Auflösung des Reichstages [illegible] ben, da mit dem neuen in der [illegible] ten Parlament nichts zu [illegible] es mußte also etwas geschehen [illegible] Versäumung [illegible] kaum andere Steuern [illegible] Schulden. Aus der [illegible] indirekte Steuern [illegible] 400 Millionen, 100 auf [illegible] 60 bis 70 auf Tabak usw. [illegible] Freisinnigen in der Kommission [illegible] 100 Mill. direkten 400 Mill. indirekte Steuern. Mit welchem Recht entrüsteten sie sich also hinterher über die Vorlage? Die Beamten, die sich merkwürdigerweise zum Teil nach links neigten, sollten doch nicht vergessen, daß ihnen ohne die neuen Steuern 180 Mill. rückwirkende Gehaltserhöhungen entgangen wären. Die kommenden Reichstagswahlen seien von ungeheurer Bedeutung, handle es sich doch um den

Schutz der nationalen Arbeit gegen den Ansturm des Freihandels.

Nicht nur die Landwirtschaft müsse geschützt werden, sondern auch die Industrie. Der Zollschutz liege, wie in zahlreichen Zuschriften der Gutsbesitzer, Gärtner, Kleinindustriellen usw. betont werde, ja auch im Interesse der Kleinindustrie. Lasse man Freihandel und Spekulantentum triumphieren, so rufe man den nationalen Zusammenbruch herbei. Die Sozialdemokratie sei für den Freihandel, wie Marx betont habe, weil der Freihandel revolutioniert. Freisinn und Hansabund aber erklärten sich nicht gegen diese revolutionäre Sozialdemokratie, sondern nur scharf gegen die Rechte. Gegenüber diesem Ansturm müsse bei den Reichstagswahlen eine Mehrheit des nationalen Schutzes geschaffen werden. Kein deutscher Mann dürfe sich gegen diese Pflicht versündigen. Gelte es doch unsere Ideale zu verteidigen, Monarchie, Christentum, nationale Arbeit in Stadt und Land!

Lebhafter Beifall in allen Teilen des Saales folgte diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten und wiederholte sich verstärkt, als der Herr Vorsitzende Herr Gräfe den herzlichsten Dank für seinen Vortrag wie seine nationale Tätigkeit aussprach. — Sodann erhielt das Wort Herr Kurt Fr[illegible]ſche aus Dischau. (Er war, wie Herr Gräfe zur Vorstellung hervorhob, der Kandidat der Reformer und Konservativen bei der Ersatzwahl in Zschopau-Marienberg und hat an dem für die Konservativen siegreichen Landtagswahlkampf in Plauen-Land hervorragenden Anteil gehabt.) Dieser Redner beschäftigte sich eingehend mit dem Freisinn und dem Auftreten des Herrn Pudor in Bautzen. Aus den ausführlichen Darlegungen des Redners sei kurz folgendes wiedergegeben: